

Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätsklinika des Landes NRW

Newsletter Nr. 7

21. Dezember 2007

[1. Informationen der Sprecherinnen](#)

1.1 Pressemitteilung Netzwerk Frauenforschung NRW/Lakof NRW: Frauenförderung an NRW-Hochschulen wird im Landeshaushalt 2007 auf 'Null' gesetzt

1.2 Familiengerechte Ferienzeiten, Antwort aus dem MIWFT

[2. Landes- und Bundespolitik / Aus den Ministerien](#)

2.1 Hochschulpakt steht bis 2010

2.2 Bundesfamilienministerium stellt neues Serviceangebot vor: Elterngeldrechner geht online

2.3. Innovationsbericht NRW 2006

2.4 Bundeskabinett beschließt Bericht zum Gleichstellungsgesetz

2.5 Bildungsausschuss stimmt Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu

2.6 Lehre, Forschung und Wissenstransfer: Hochschulen und Land NRW schließen Ziel- und Leistungsvereinbarungen

2.7 Newsletter Nr. 02 | 2006 des BMFSFJ - Im Blick: Frauen.Männer.Gleichberechtigung.

[3. Fachinformationen](#)

3.1 HRK-Plenum: Frauenförderung in den Hochschulen ist Leitungsaufgabe

3.2 HRK besorgt über neueste Statistik: Trotz starker Jahrgänge gehen Studienanfängerzahlen zurück

3.3 Offensive für Chancengleichheit: Wissenschaftsorganisationen machen sich stark für Wissenschaftlerinnen

[4. Aus den Hochschulen](#)

[5. Aus der BuKoF / Aus anderen LaKofS](#)

[6. Ausschreibungen](#)

6.1. Rektor/in an der Wirtschaftsuniversität Wien

6.2 [Wien] Forschungsmitarbeiter/innen für Forschungsprojekt: Science with all Senses – Gender and Science in the Making

6.3 UNESCO-L'Oréal-Förderprogramm für Wissenschaftlerinnen mit Kindern

[7. Personalia](#)

[8. Termine](#)

[9. Kontakt / Impressum](#)

1. Informationen der Sprecherinnen

1.1 Pressemitteilung Netzwerk Frauenforschung NRW/Lakof NRW: Frauenförderung an NRW-Hochschulen wird im Landeshaushalt 2007 auf 'Null' gesetzt

Gemeinsam mit dem Netzwerk Frauenforschung NRW entwickelten die Sprecherinnen der LaKof NRW eine Presseerklärung zur Frauenförderung an NRW-Hochschulen im Landeshaushalt 2007. Auszug: 'Nachdem im Landeshaushalt 2006 die Mittel für Frauenförderung um 400.000 Euro gekürzt wurden, sind im Haushalt 2007 explizit für Frauenförderung ausgewiesene Mittel auf 0 gesetzt worden. Obwohl das Land NRW noch einen großen Bedarf an der Steigerung des Frauenanteils bei Professuren hat - im Ländervergleich befindet es sich mit 13,2 % im unteren Drittel auf Platz 9 - wurde die von Minister Pinkwart angekündigte Zweckbindung zur Frauenförderung im Haushalt 2007 nicht festgeschrieben und es handelt sich leider nach derzeitigem Stand um reine Absichtserklärungen.' Weiterhin sprechen die Koordinierungsstelle des Netzwerks Frauenforschung NRW und die LaKof NRW Empfehlungen für den Erhalt von Frauenförderung im Land NRW aus. Die vollständige Pressemitteilung steht auf der Homepage der LaKof NRW <http://www.lakofnrw.fh-koeln.de/aktuelles.htm> zur Einsicht bereit.

1.2 Familiengerechte Ferienzeiten, Antwort aus dem MIWFT

Auf die Einforderung von familiengerechteren Ferienzeiten an Hochschulen der Sprecherinnen im Namen der LaKof NRW bei der HRK, dem MIWFT und der HRK der Fachhochschulen NRW, erfolgte am 01.12.2006 die erste Reaktion von Frau Dr. Lohkamp aus dem MIWFT. Sie verweist darauf, dass 'In Nordrhein-Westfalen [...] schon seit langer Zeit der familienfreundliche Grundsatz [gilt], dass sich im Sommer mindestens drei Wochen Schulferien und vorlesungsfreie Zeit überschneiden müssen. Damit soll Hochschulangehörigen die Möglichkeit eines gemeinsamen Urlaubs mit ihren schulpflichtigen Kindern ermöglicht werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Vorlesungszeiten entsprechend der Schulferienregelung einvernehmlich mit der LRK und allen Hochschulen festgelegt.'

2. Landes- und Bundespolitik / Aus den Ministerien

2.1 Hochschulpakt steht bis 2010

(aus: CHE Newsletter, 24.11./15.12.06) 'Die Regierungschefs von Bund und Ländern haben den Hochschulpakt am 13. Dezember unterzeichnet. Bis 2010 sollen zusätzlich 90.000 Studienplätze zum Referenzjahr 2005 geschaffen werden. Bund und Länder teilen sich die kalkulierten Kosten. Die Stadtstaaten Bremen und Hamburg bekommen vorab zusammen 3,5 % und Berlin 4 % der 565 Mio. Euro Bundesmittel für die Programmlinie Lehre. 15 % gehen in die neuen Länder für den Erhalt ihrer Studienkapazitäten. Die westlichen Flächenländer erhalten den Rest des Geldes. [...] NRW hatte vorab angekündigt 125 Mio. Euro für den Aufbau von 20.000 zusätzlichen Studienplätzen zur Verfügung zu stellen.' Ein Chancengleichheitsprogramm ist in diesem Programm auf NRW-Ebene nicht vorgesehen. Ausführliche Informationen finden Sie unter: <http://www.bmbf.de/de/6142.php>

2.2 Bundesfamilienministerium stellt neues Serviceangebot vor: Elterngeldrechner geht online

(Pressemitteilung BMFSFJ Nr. 138/2006, 08.12.2006) Seit Anfang Dezember steht im Internet unter www.bmfsfj.de/elterngeldrechner der Elterngeldrechner des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bereit und hilft werdenden Eltern die voraussichtlichen Höhe des Elterngeldanspruchs zu berechnen. Für Frauen und Männer, deren Kind ab dem 1. Januar 2007 geboren wird, tritt das Elterngeld an die Stelle des bisherigen Erziehungsgelds. Das Elterngeld ersetzt 67 % des nach der Geburt des Kindes wegfallenden Erwerbseinkommens bis maximal 1.800 Euro. Für nicht erwerbstätige Väter und Mütter gibt es ein Mindestelterngeld von 300 Euro. Für Geringverdiener, Mehrkindfamilien und Familien mit einer Mehrlingsgeburt wird das Elterngeld erhöht. Die von den Landesregierungen bestimmten Elterngeldstellen sind voraussichtlich die bisher für das Erziehungsgeld zuständigen Stellen. Eine Liste dieser Stellen sowie weitere Informationen über das Elterngeld finden Sie ebenfalls unter o.g. Internetadresse.

2.3. Innovationsbericht NRW 2006

(Newsletter Bündnis90/Die Grünen NRW, 08.12.2006) Ein Schwerpunktthema der Landtagsdebatten war der Innovationsbericht 2006, den ein unabhängiges Institut im Auftrag der Landesregierung erstellte. [...] Die bisherige Bilanz der neuen Landesregierung [ist] eher dürrig. So ist unter der Verantwortung des selbst ernannten 'Innovations'-Ministers Pinkwart (FDP) die Zahl der StudienanfängerInnen in NRW im Vergleich zum Vorjahr um 4.900 zurückgegangen, und das obwohl im gleichen Zeitraum 5.000 junge Menschen mehr eine Hochschulzugangsberechtigung erworben haben. Darüber hinaus ist festzustellen, dass ein wesentliches Defizit bis heute nicht behoben ist: Die mangelnde Vernetzung der zahlreichen Initiativen von Wirtschafts- und Wissenschaftsministerium.

Den gesamten Newsletter finden Sie unter: http://www.gruene.landtag.nrw.de/aktuell/publikationen/newsletter/aktuell/0612_01-Plenum_Aktuell.htm

2.4 Bundeskabinett beschließt Bericht zum Gleichstellungsgesetz

(Pressemitteilung 135/2006 BMFSFJ) Mehr Frauen in Führungspositionen in der Bundesverwaltung - Bundesfrauenministerin Ursula von der Leyen fordert, das Potenzial gut ausgebildeter Frauen besser zu nutzen. Der Anteil der Abteilungsleitungen in den obersten Bundesbehörden konnte innerhalb des Zeitraums von 2000 bis 2006 von rund neun auf etwa 15 % gesteigert werden. Auch der Anteil von Frauen an Unterabteilungsleitungen ist gestiegen - vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2005 von 8,6 auf 14,7 %. Bei den

Referatsleitungen stieg der Anteil weiblicher Führungskräfte im selben Zeitraum von 13,5 auf 20 %. Der Anteil der Frauen an den Beschäftigten in den obersten Bundesbehörden ist in den fünf Berichtsjahren von 41,2 auf 45,3 % gestiegen. [...] Ein wichtiger Indikator für die Fortschritte auf dem Weg zu tatsächlicher Chancengleichheit von Männern und Frauen in der Verwaltung ist die Besetzung von Führungspositionen. [...] Das Angebot der Teilzeitbeschäftigung wird weiterhin fast ausschließlich von Frauen in Anspruch genommen. Männer machen viel zu selten von den im Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit Gebrauch. Ihr Anteil an den Teilzeitbeschäftigten betrug zuletzt 9 %. Von allen männlichen Beschäftigten im Bundesdienst waren nur 2,6 % in Teilzeit. Bei den Frauen betrug die entsprechende Quote 30,2 %.

2.5 Bildungsausschuss stimmt Wissenschaftszeitvertragsgesetz zu

(Pressemeldung, Deutscher Bundestag vom 13.12.2006) Die Drittmittelfinanzierung von Forschungsprojekten an Hochschulen soll künftig als 'sachlich rechtfertigender Befristungsgrund' gelten. Dies soll sowohl für wissenschaftliches als auch akzessorisches Personal gelten.

Die Abgeordneten des Bildungsausschusses haben am Mittwochvormittag einem entsprechenden Gesetzentwurf der Bundesregierung ([16/3438](#)) mit den Stimmen von Union, SPD und FDP zugestimmt. Die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke lehnten den Entwurf eines Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ab.

Aus Sicht der Union ist es 'außerordentlich dringend', den Gesetzentwurf 'auf den Weg zu bringen'. Dies sei aus dem Wissenschaftsbereich signalisiert worden. Zudem hätten auch die Experten in der öffentlichen Anhörung des Ausschusses zu dem Gesetzentwurf auf die Dringlichkeit einer Regelung hingewiesen. Man habe sich in den Beratungen nach der Anhörung dazu entschlossen, die Auswirkungen des Gesetzes zeitnah zu evaluieren. Besonders genau wolle man beobachten, ob die Regelung 'missbräuchlich' dazu benutzt werde, bislang unbefristet beschäftigtes Personal in befristete Verträge überzuleiten. [...] Auch die SPD betonte, der Gesetzentwurf sei dazu geeignet, Probleme, die sich in der Praxis ergeben hätten, nun zu lösen. [...] Die Liberalen lobten den Gesetzentwurf als 'ersten Schritt' hin zu einem einfacheren und konkurrenzfähigen Vergütungssystem im Bildungsbereich. Linksfraktion und Grüne lehnten den Entwurf ab. [...] Man plädiere dafür, eine Regelung einzufügen, nach der die Dauer des Vertrags der Drittmitteldauer entsprechend solle. Auch die Tarifsperrung müsse gestrichen werden: 'Die Tarifpartner können passgenauere Lösungen finden als der Gesetzgeber.' Mehr Informationen finden Sie unter: <http://bildungsklick.de/pm/50482/bildungsausschuss-stimmt-wissenschaftszeitvertragsgesetz-zu/>

2.6 Lehre, Forschung und Wissenstransfer: Hochschulen und Land NRW schließen Ziel- und Leistungsvereinbarungen

Minister Pinkwart und Staatssekretär Stückradt (MIWFT NRW) unterzeichnen in den kommenden Wochen die neue Generation der Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Universitäten und Fachhochschulen des Landes. 'Mit dem Inkrafttreten des Hochschulfreiheitsgesetzes im Januar kommt den Ziel- und Leistungsvereinbarungen zentrale Bedeutung zu: Hier vereinbaren wir mit den Hochschulen die wesentlichen Ziele in Lehre, Forschung und Wissenstransfer', sagte Pinkwart. Den Auftakt machten am Mittwoch, dem 13. Dezember 2006, die RWTH Aachen, die Universität Bielefeld und die Fachhochschulen Niederrhein und Bielefeld.

Mit jeder Universität und Fachhochschule trifft das Ministerium eine Verabredung über die Forschungsschwerpunkte, die Zahl der Studienanfängerplätze in den jeweiligen Studienbereichen, die Förderung von Frauen in der Wissenschaft und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Professionalisierung des Wissenstransfers. Die Hochschulen verpflichten sich außerdem, den Erfolg ihrer Absolventinnen und Absolventen beim Berufseinstieg auszuwerten, um Rückschlüsse auf die Qualität des Studienangebots zu ermöglichen. [...] Die Hochschulen berichten regelmäßig zur Zielerreichung, über deren Stand auch der Landtag unterrichtet wird. Das Land sichert den Hochschulen im Gegenzug finanzielle Planungssicherheit zu. Insgesamt erhalten die Hochschulen und die medizinischen Fakultäten - bis 2010 abgesichert durch den Zukunftspakt - 3,7 Mrd. Euro pro Jahr. 425 Mio. Euro davon werden im Rahmen der leistungsorientierten Mittelverteilung nach den Kriterien Drittmittelinwerbung und Absolventen vergeben, wobei die Zahl der Absolventen in der Regelstudienzeit besonders belohnt wird. Darüber hinaus werden 75 % der Mittel aus dem 'Fonds zur Erneuerung der wissenschaftlichen Infrastruktur' als Forschungsprämie vergeben. Hier stehen in den kommenden vier Jahren 120 Mio. Euro für diejenigen Universitäten zur Verfügung, die beim Einwerben der Spitzenforschungsförderung der DFG erfolgreich sind. Weitere Informationen: http://www.innovation.nrw.de/Presse/Pressemitteilungen/2006/pm_2006_12_11.html

2.7 Newsletter Nr. 02 | 2006 des BMFSFJ - Im Blick: Frauen.Männer.Gleichberechtigung.

Der Newsletter Nr. 02 | 2006 des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat das Schwerpunktthema 'Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Gleichstellung vorantreiben' und beschäftigt sich mit der aktuellen Gleichstellungspolitik.

Den Newsletter finden Sie unter: <http://www.bmfsfj.de/Politikbereiche/gleichstellung.did=89188.html>

3. Fachinformationen

3.1 HRK-Plenum: Frauenförderung in den Hochschulen ist Leitungsaufgabe

(Pressemitteilung HRK, 15.11.06) Frauen stellen heute die Hälfte der Studierenden und der Hochschulabsolventen, aber nur knapp 14 % der Professuren sind mit Frauen besetzt. Vor diesem Hintergrund hat die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) eine Empfehlung zur Verwirklichung von Chancengleichheit im Hochschulbereich verabschiedet. Das HRK-Plenum, das am Dienstag (14. November) in Berlin zusammenkam, bekennt sich darin zu einer konsequenten Politik der Förderung von Frauen. [...] Gleichstellungspolitik sei eine Leitungsaufgabe in jeder Hochschule. Das Plenum empfahl daher, die systematische Steigerung der Beteiligungswerte in Ziel- und Leistungsvereinbarungen mit den Fachbereichen aufzunehmen und die Ergebnisse regelmäßig zu überprüfen. Darüber hinaus sollten die Hochschulen eine systematische Personalentwicklungspolitik betreiben, die die Phasen von der Promotion bis zur Professur umfasse. Als Arbeitgeber müssten sie dafür sorgen, dass Familie und wissenschaftliche Karriere für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser vereinbar würden. Die Länder werden aufgefordert, durch rechtliche Regelungen dafür zu sorgen, dass die Unsicherheit des Arbeitsplatzes Wissenschaft, die besonders für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit Kindern nachteilig wirkt, reduziert wird.

Die gesamte Pressemitteilung und die Empfehlung der HRK steht hier zur Einsicht für Sie bereit:

http://www.hrk.de/de/presse/95_3539.php

3.2 HRK besorgt über neueste Statistik: Trotz starker Jahrgänge gehen Studienanfängerzahlen zurück

(CHE Newsletter, 15.12.06) Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes nahmen im Studienjahr 2006 (Sommersemester 2006 und Wintersemester 2006/2007) rund 343.700 Erstsemester ein Studium auf, darunter 169.700 Frauen (49%). Im Vergleich zu 2005 ist die Zahl der Erstimmatrikulierten damit insgesamt um 3,5% gesunken. Die Rückgänge in den Ländern zeigen keinen klaren Zusammenhang mit der Einführung von Studienbeiträgen: So sind auch in Ländern ohne Studiengebühren wie Sachsen (-13 %) und Sachsen-Anhalt (-10 %) die Studienanfängerzahlen überdurchschnittlich gesunken. Die HRK (HRK- 29.11.06-68/06) weist darauf hin, dass die Zahl der Erstimmatrikulierten in den Ländern zurückgegangen ist, in denen das Angebot an zulassungsfreien Studiengängen verringert wurde. Ein weiterer Rückgang der Studienanfängerzahlen sei besorgniserregend, sagte HRK- Präsidentin Wintermantel: 'Wir entfernen uns immer mehr von dem politisch erklärten Ziel, 40 % eines Altersjahrgangs an die Hochschulen zu führen.'

3.3 Offensive für Chancengleichheit: Wissenschaftsorganisationen machen sich stark für Wissenschaftlerinnen

(Pressemitteilung 36/2006, Wissenschaftsrat) Die großen deutschen Wissenschaftsorganisationen haben sich darauf verständigt, in den kommenden fünf Jahren den Anteil von Frauen an Spitzenpositionen in der Wissenschaft deutlich anzuheben. Gemeinsam unterzeichneten die Präsidentin und die Präsidenten der Allianzorganisationen (Deutsche Forschungsgemeinschaft, Fraunhofer Gesellschaft, Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, Hochschulrektorenkonferenz, Max-Planck-Gesellschaft, Leibniz-Gemeinschaft und Wissenschaftsrat) heute ein entsprechendes Dokument. Es hält unter anderem fest, mit welchen auf ihre jeweiligen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen abgestimmten Maßnahmen und Instrumenten die unterzeichnenden Organisationen das gemeinsam artikulierte Ziel erreichen wollen. Beschlossen wurde auch, die Öffentlichkeit darüber zu unterrichten, wie sich die Beteiligung von Wissenschaftlerinnen in den Strukturen und Prozessen der Organisationen entwickelt. Darüber hinaus wollen die Wissenschaftsorganisationen in fünf Jahren die in ihren Einrichtungen vollzogenen Gleichstellungserfolge einer Evaluation unterziehen. 'Unsere Organisationen haben unterschiedliche Aufgaben und Strukturen. Wir waren uns jedoch alle einig darin, dass Wissenschaftlerinnen, Hochschullehrerinnen und Wissenschaftsmanagerinnen in Zukunft im Wissenschaftssystem deutlich an Gewicht gewinnen müssen. Ihr kreatives und intellektuelles Potential darf nicht

länger verschwendet werden. Durch unsere Zusammenarbeit wollen wir ein Signal setzen und letztlich maßgeblich zur Realisierung dieses Zieles beitragen', erläutert der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Professor Peter Strohschneider. [...] Der Wissenschaftsrat hatte erstmals 1998, initiiert durch seine damalige Vorsitzende, Professor Dagmar Schipanski, umfassende Empfehlungen zur Chancengleichheit von Frauen in Wissenschaft und Forschung vorgelegt. Die Pressemitteilung finden Sie unter: http://www.wissenschaftsrat.de/presse/pm_3606.html

4. Aus den Hochschulen

4.1 RUB: Aktuelle Studie belegt sinkenden Frauenanteil in der Masterphase

(01.12.06, Presse Ruhr-Universität Bochum) So hatten sich die Planer der gestuften Studiengänge nicht vorgestellt: Bachelor und Master sollten doch auch die Geschlechtergerechtigkeit erhöhen. [...] Die Studie „Gender-Aspekte bei der Einführung und Akkreditierung gestufter Studiengänge“ sollte die Geschlechtergerechtigkeit bei der Reformumsetzung beleuchten – und zeigt nun ein geschlechterspezifisches Ungleichgewicht. Anstatt Gerechtigkeit zu fördern, scheinen die gestuften Studiengänge genau das Gegenteil herbeizuführen mit dem Ergebnis, dass viele Frauen ihre wissenschaftliche Karriere mit dem Bachelor-Abschluss beenden.

Bereits 1993 führte die Ruhr-Uni mit dem sog. Magisterreformmodell gestufte Studiengänge ein. [...] Die Vorteile von gestuften Studiengängen lagen auf der Hand: Flexibilität durch Modularisierung, mehr Wettbewerb und kurze Studienzeiten durch ein zweistufiges System von Studienabschlüssen.

Das Phänomen, dass Frauen in Diplomstudiengängen seltener als Männer den Weg über die Promotion bis hin zur Habilitation bestreiten, ist bekannt. Umso überraschender ist es, dass es auch bei gestuften Studiengängen in Erscheinung tritt. Schließlich versprachen sich die Bildungsminister davon den Abbau sozialer und geschlechterspezifischer Unterschiede. Gerade für Frauen erschien das zweistufige System ideal, sie könnten zwischen BA und MA prima eine Familienphase einlegen und danach an die Uni zurückkehren. Genau das geschieht offenbar nicht. In der Masterphase sind Männer überproportional vertreten. Dieser Trend zeigt sich selbst in Studiengängen, in denen Frauen seit jeher überdurchschnittlich vertreten sind wie in den Sprach- und Kulturwissenschaften. Liegt der Frauenanteil hier in der Bachelorphase noch bei 71,1 Prozent, so sinkt er in der Masterphase auf 64,1 Prozent. Noch ausgeprägter ist die Differenz in den Gesundheitswissenschaften: Gerade einmal 49,5 Prozent der Frauen schließen mit einem Master ab, obwohl 76,4 Prozent bereits einen Bachelor in der Tasche haben.

Studie: R. Becker, B. Jansen-Schulz, B. Kortendiek, G. Schäfer: Gender-Aspekte bei der Einführung und Akkreditierung gestufter Studiengänge – eine Handreichung. Studien Netzwerk Frauenforschung NRW Nr. 7. Weitere Infos: Gudrun Schäfer, Transresearch, Tel. 0234-7090744, www.transresearch.de
Den gesamten Presstext finden Sie unter: <http://www.ruhr-uni-bochum.de/rubens/rubens111/5.htm>

5. Aus der BuKof / Aus anderen LaKoFs

6. Ausschreibungen

6.1. Rektor/in an der Wirtschaftsuniversität Wien

An der Wirtschaftsuniversität Wien gelangt mit 1. Oktober 2007 die Funktion des Rektors/der Rektorin nach dem Universitätsgesetz 2002 zur Besetzung. Zum Rektor/zur Rektorin kann gewählt werden, wer Universitätsprofessor/ Universitätsprofessorin ist oder außerhalb der Universität Managementqualitäten in größeren Institutionen bewiesen hat. Die Funktionsperiode beträgt vier Jahre. Dienstantritt ist der 1. Oktober 2007.

Bewerbungen sind mit den üblichen Bewerbungsunterlagen bis zum 6. Jänner 2007 an die Wirtschaftsuniversität Wien, zu Händen der Vorsitzenden des Senates, Frau Univ.-Prof. DI Dr. Edeltraud Hanappi-Egger, Augasse 2-6, A-1090 Wien, zu richten. Kennzahl: 71548. Es ist beabsichtigt, mit den in die engere Wahl gezogenen Bewerberinnen und Bewerbern, ein Hearing an der Wirtschaftsuniversität Wien durchzuführen.

Die Ausschreibung finden Sie zur Einsicht unter: <http://www.wu-wien.ac.at/start/jobs/rektorat>

6.2 [Wien] Forschungsmitarbeiter/innen für Forschungsprojekt: Science with all Senses – Gender and Science in the Making

Im Rahmen eines vom Wiener Wissenschafts- und Technologiefonds (WWTF) geförderten Forschungsprojektes werden per 1. März 07 Forschungsmitarbeiter/innen (2 auf Wunsch teilbare Vollzeitstellen) eingestellt. Das Projekt 'Science with all Senses – Gender and Science in the Making' analysiert die Interaktionen von Kindern (4-10 Jahre) in wissenschaftlich-technischen Ausstellungen und möchte Aufschlüsse über Prozesse der Vergeschlechtlichung sowie über das Verhältnis von formalem, praktischem und verkörpertem Wissen im Museum gewinnen. Das Projekt mit einer Laufzeit von 2,5 Jahren wird als Kooperation des Vereins Science Communications Research mit dem Wiener Kindermuseum und dem Institut für europäische Ethnologie der Universität Wien geführt. Es werden kulturwissenschaftliche sowie qualitative sozialwissenschaftliche Methoden zur Anwendung gebracht. Die Forschungstätigkeit in einem kleinen Team ist theoriegeleitet und besteht in einer Kombination aus Museumsanalyse und ethnographischer Forschung mit Kindern sowie in der Entwicklung von Gestaltungsideen für gendersensibles Ausstellungsdesign. Erfahrung mit Museumsarbeit bzw. Interesse an Wissenschaftskommunikation sind daher wünschenswert. Erwünscht sind zudem Erfahrungen in der Arbeit und/oder Forschung mit Kindern. Die Stellen können für ein Promotionsvorhaben genutzt werden und richten sich deshalb vornehmlich an Doktorandinnen und Doktoranden. Bewerber/innen müssen über ein abgeschlossenes Hochschulstudium mit entweder Qualifikationen entweder in der qualitativen Sozialforschung oder den Kulturwissenschaften verfügen und ein nachweisbares Interesse an Fragen der Geschlechterforschung mitbringen. Bewerbungen im Team sind möglich, die Stellen sind auf 2,5 Jahre befristet.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Frau Dr. Karin Harrasser, harrasser@science.co.at. Ihre Bewerbungsunterlagen mit Lebenslauf, einer Referenzadresse und einer schriftlichen Arbeit (Auszug aus Abschlussarbeit, Artikel) senden Sie bitte bis 22. Dezember 2007 an Science Communications Research, z.Hd. Karin Harrasser, Kirchberggasse 7/2, 1070 Wien.

6.3 UNESCO-L'Oréal-Förderprogramm für Wissenschaftlerinnen mit Kindern

Seit 1998 unterstützen die UNESCO und L'Oréal gemeinsam die Arbeit von herausragenden Wissenschaftlerinnen in aller Welt. Aufgrund des großen Erfolgs des Programms 'For Women in Science' wird es um ein eigenes Förderprogramm für junge Wissenschaftlerinnen in Deutschland erweitert.

Es richtet sich an herausragend qualifizierte Postdoktorandinnen mit Kindern, die in Deutschland arbeiten. Dieses neue Förderprogramm wird gemeinsam organisiert von der L'Oréal-Gruppe Deutschland, der Christiane-Nüsslein-Volhard-Stiftung und der Deutschen UNESCO-Kommission.

Das Förderprogramm: Jährlich werden drei Postdoktorandinnen für die Dauer eines Jahres gefördert.

Die Förderung beträgt 20.000 Euro pro Postdoktorandin und beinhaltet:

1. eine monatliche finanzielle Entlastung von bis zu 400 Euro für Haushalt oder zusätzliche Kinderbetreuung, um den Forscherinnen zusätzliche Zeit für die wissenschaftliche Arbeit zu geben
2. ein individualisiertes Karriere-Förderprogramm mit Komponenten wie z.B. Coaching, Mentoring, Karriereseminare und Teilnahme an internationalen Konferenzen und eine im Sinne der Förderung zweckgebundene finanzielle Leistung an die jeweilige Forschungseinrichtung.

Kontakt für Bewerberinnen: Christiane Nüsslein-Volhard-Stiftung, Dr. Sabine List, Telefon: 0208/302 26 50, sabine.list@cnv-stiftung.de, www.cnv-stiftung.de

Ein Informationsblatt ist unter www.unesco.de/unesco-loreal.html verfügbar.

Bitte beachten Sie: die Bewerbungsfrist für diese erste Ausschreibung ist bereits der 31.12.2006!

7. Personalia

8. Termine

10. Januar 2007

'Erinnern an Ravensbrück' - Öffentliche Film- und Vortragsveranstaltung mit der Filmemacherin Loretta Walz um 18.30 Uhr an der Fachhochschule Düsseldorf, Raum V 200, Josef-Gockeln-Str. 9, 40474 Düsseldorf
Weitere Informationen unter: http://www.fh-duesseldorf.de/fh/aktuelles/veranst_lang_04.html

12. Januar 2007

Einladung zur Veranstaltung 'Girls go business - wer geht mit? Lebenswünsche und Berufsperspektiven von Mädchen/jungen Frauen'

von Bündnis 90/Die Grünen NRW von 10.00 bis 17.30 Uhr, Landtag NRW, Raum E3 D 01

(Einladung von Barbara Steffens, MdL und Andrea Asch, MdL)

Anmeldung bis zum 03.01.07 per Mail an: edeltraud.busalt-schroeder@landtag.nrw.de

Weitere Informationen: Büro Barbara Steffens MdL, Tel: 0211/884-2868, Fax: :0211/884-3502, E-Mail barbara.steffens@landtag.nrw.de

18. bis 20 Januar 2007

Tagung ‚Beyond the Merely Possible – Transnational Women’s Movements Today’ (Mehr als nur das Machbare - Aktuelle Ansätze transnationaler Frauenbewegungspolitik) an der Johann Wolfgang Goethe Universität Frankfurt/Main, Einlass am Donnerstag, 18. Januar 2007 ab 17.00 Uhr

Themenfelder: Bestandsaufnahme: transnationale Frauenbewegungen heute; Herausforderungen: Macht – Ökonomie – Rechte -Bewegungen; Politische Praxen: Räume- Formen – Erfahrungen

Veranstalterinnen: Prof. Dr. Uta Ruppert, Andrea Jung, Beatrix Schwarzer, Cornelia Goethe Centrum, Johann Wolfgang Goethe-Universität in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V. und der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)

Tagungsgebühr: 15,- Euro

Information und Anmeldung (bis 10. Januar 2007): Heinrich-Böll-Stiftung Hessen e.V., Margret Krannich, Niddastr. 64, 60329 Frankfurt/M, Tel.: 069 - 23 10 90, Fax: 069 - 23 94 78, Email: krannich@hbs-hessen.de,

Website: www.hbs-hessen.de

Weitere Informationen unter <http://www.uni-frankfurt.de/fb/fb03/global-south/>

25./26. Januar 2007

Symposium 'Das Innovationspotenzial von Gender' am Fraunhofer Institutszentrum in Stuttgart ausgerichtet von der Fraunhofer Gesellschaft und dem Stifterverband für die deutsche Wirtschaft

Themenschwerpunkte sind 'Gender und Innovationsexzellenz', 'Gender und Märkte' und 'Gender und Werte'

Teilnahmegebühren: Universitätsangehörige: 120,- EUR, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Wirtschaftsunternehmen: 295,- EUR

Kontakt: Fraunhofer IAO, Tagungsbüro, Genderkonferenz, Ansprechpartnerin Kathlén Tekath, Telefon + 49 (0)711 - 9702188

Online Anmeldung: www.genderkonferenz.iao.fraunhofer.de

01. Februar 2007

Vortragsveranstaltung 'Frauen- und Genderforschung in der Informatik'

FH Hannover, Ricklinger Stadtweg 120, 30459 Hannover, Neubau Raum 100, 17.30 - 19.30 Uhr

Erwartet in diesem Wintersemester werden die australische Professorin Liisa von Hellens (Griffith University, Brisbane/Australien) im Rahmen einer durch das Maria-Goeppert-Mayer-Programm für Internationale Frauen- und Geschlechterforschung geförderten Gastprofessur und Frau Prof. Dr. Gerlinde Schreiber von der Hochschule Bremen.

Anmeldung bis zum 29.01.2007 bei Frau Dipl.-Oecotroph. E. Fangmann, FAX 0511/9296-1025,

Hinweise zur Anreise: <http://www.fh-hannover.de/de/service/index.html>

02. Februar 2007

Tagung 'Studieren mit Kind – Herausforderung für Hochschulen und Standortfaktor. Daten – Fragen - Perspektiven'

von 10-18 Uhr im Bibliothekssaal der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Unkostenbeitrag: 20 Euro pro Person (beinhaltet Getränke in den Pausen). Studierende sind vom Unkostenbeitrag befreit

Anmeldung bis zum 19.01.2007 bei: Zentrum für interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung (ZFG) z.Hd. Frau Karola Gebauer, Fon 0441-798 4316, Fax 0441-798 5869, zfg@uni-oldenburg.de

02. Februar 2007

Tagung zur gesundheitswissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung

Universität Dortmund, 10-16 Uhr im 'Campus-Treff'

Auf der Tagung stehen gesundheitswissenschaftliche Forschungen und Projekte der Frauen- und Geschlechterforschung aus dem Netzwerk Frauenforschung NRW im Mittelpunkt. Die Bandbreite - von der Traumaforschung, den Forschungen zu Gewalt und Kindstötung über Umwelt, Ernährung, Pflege, Herzinsuffizienz bis zum interdisziplinären Ansatz der soziomedizinischen Genderforschung – zeigt die vielfältigen Ansätze und Themen der gesundheitswissenschaftlichen Frauen- und Geschlechterforschung in NRW.

Die Teilnahme ist kostenlos. Anmeldung bis 19.01.2007 bei Netzwerk Frauenforschung NRW, Dr. Beate Kortendiek, Tel.: 0231-755-5142, Fax.: 0231-755-2447, Mail: kortendiek@netzwerk-frauenforschung.de, www.netzwerk-frauenforschung.nrw.de

6. März 2007

Vorankündigung: Vollversammlung der LaKof NRW

im Universitätsklinikum Aachen

Kontakt: Koordinierungsstelle der LaKof NRW

9. Kontakt / Impressum

Landeskonzferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätsklinika des Landes Nordrhein-Westfalen (LaKof NRW)

Koordinierungsstelle

Annelene Gäckle

c/o Fachhochschule Köln

Ubierring 40

50678 Köln

Tel. 0221 - 8275 3611

Fax 0221 - 8275 3938

Email: lakofnrw@zv.fh-koeln.de

<http://www.lakofnrw.fh-koeln.de>

Sprecherinnen der LaKof NRW:

Dipl.-Ing. Marlies Diepelt

Gleichstellungsbeauftragte

RWTH Aachen

Templergraben 55

52056 Aachen

Tel. 0241-809-3576

Fax 0241-809-2258

diepelt@rwth-aachen.de

Dipl.-Ing. Gabriele Drechsel

Gleichstellungsbeauftragte

Fachhochschule Köln

Ubierring 40

50678 Köln

Tel. 0221-8275-3455

Fax: 0221-8275-3938

gleichstellungsbeauftragte@fh-koeln.de

Dipl.-Ing. Dipl.-Soz.Arb. Gabriele

Kirschbaum

Gleichstellungsbeauftragte

Fachhochschule Dortmund

Sonnenstr. 96

44139 Dortmund

Tel.: 0231-9112-354 oder - 757

Dr. Ute Zimmermann

Gleichstellungsbeauftragte

Universität Dortmund

Emil-Figge-Str. 66

44227 Dortmund

Tel. 0231-755-2603 u. -2610

Fax: 0231-755-5456

Fax: 0231-9112-681 zimmermann@verwaltung.uni-gleichstellungsbuero@fh-dortmund.de dortmund.de

V.i.S.d.P.: Dipl.-Ing. Gabriele Drechsel